

Schwerpunkt Bildungskiller im Startloch 02

Wirtschaft Vielleicht mal solidarisch? 08

Medien Linke Medienakademie „LiMA“ 2010 09

Kultur Manga meets revolution 11



## Bildungsstreik 2009

Wut zu Widerstand.

# Bildungskiller im Startloch

Tiger oder Ente? Noch macht die neue Bundesregierung auf harmlos. Ein Blick in den Koalitionsvertrag verrät aber, wohin die Reise gehen soll. Die Bildungskrise geht Merkel und Westerwelle noch nicht weit genug. Das Warm-Up des Bildungstreiks muss jetzt zu einer neuen Verteidigungslinie der öffentlichen Bildung werden.

Schwarz-Gelb ist derzeit beides: Tiger und Ente. Ente, weil die neue Regierung ein schwacher Wahlsieger ist. Ihr Sieg ist weder das Ergebnis eines Rechtsrucks in der Bevölkerung noch einer neuen marktradikalen Hegemonie in der Gesellschaft. Denn im Vergleich mit ihren Ergebnissen bei der Bundestagswahl 2005, hat das so genannte bürgerliche Lager sogar insgesamt über 300.000 Stimmen verloren. Es kam lediglich zu Verschiebungen innerhalb dieses Lagers - und zwar hin zur FDP. Die neue Regierung verdankt ihre parlamentarische Mehrheit also zunächst dem gravierenden Vertrauens- und Legitimationsverlust der SPD. Die ist in beispielloserweise abgestürzt und hat die berühmte Talsohle noch mal untertunnelt - mit ihren 23 Prozent hat sie ihre Zweitstimmen in den letzten 10 Jahren damit mehr als halbiert.

Vielleicht erklärt gerade diese schwache Ausgangsposition der Regierung ihre anfängliche Zögerlichkeit, in zentralen gesellschaftlichen Fragen weiß sie schließlich Mehrheiten in der Bevölkerung gegen sich. Beispiel: Rente mit 67, die Frage der Kapitalverkehrs- oder Arbeitsmarktregulierung oder die stärkere Marktsteuerung im Gesundheitswesen.

## Die Bildungsspaltung wird zunehmen

Klar ist aber auch, dass in Folge der Wirtschaftskrise die Linien für die nächsten Angriffe auf die soziale Infrastruktur und damit auch auf die öffentliche Bildung in der Republik bereits gezogen sind. Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, wohin die neue Regierung bildungspolitisch steuert. Mit den schwarz-gelben Zielvorgaben werden sich die Probleme der Unterfinanzierung in der Bildung verschärfen. Die Bildungsarmut wird noch mehr ansteigen, die Bildungsspaltung in der Gesellschaft wird zunehmen. Neben dem Gesundheitsbereich droht der Bildungsbereich damit zu

einem weiteren Bereich verstärkter Marktsteuerung zu werden. Es liegt jetzt an der Bildungstreikbewegung, diesen Vorhaben offensiv zu begegnen.

## Nebelkerzen bei der Bildungsfinanzierung

Die von der Kanzlerin ausgerufenen >Bildungsrepublik< erweist sich auch im neuen Regierungsprogramm als Nebelkerze. Zwar wird großspurig das Ziel ausgegeben, die Bildungsausgaben bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttosozialproduktes anzuheben. Die Krux dabei ist aber: Der Großteil dieser Mehrausgaben soll privat - von den BürgerInnen und der Wirtschaft - und von den Bundesländern aufgebracht werden. Durch die Wirtschaftskrise und die versprochenen Steuerensenkungen stehen bei den Ländern jedoch eher neue Streichungsprogramme an. Und der Bund will nur 3 Milliarden zuschießen. Diese wiederum werden vor allem in die profitnahen Forschungsprogramme und die Elitenförderung gehen. Bei den öffentlichen Schulen, bei der Lehre an den Unis oder bei den Kitas wird davon wohl kaum etwas ankommen. Mal zum Vergleich: ExpertInnen haben den eigentlichen Mehrbedarf erst kürzlich berechnet. Für ein flächendeckendes Netz von Kitas und Ganztagschulen, für die Verbesserung der Personalausstattung und der Sachmittel in Schule und Lehre, für die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze, für den dringend notwendigen Ausbau des BAföG und für die Verbesserung des Angebotes an Ausbildungsplätzen wären insgesamt ca. 43 Milliarden Euro nötig. Geld, das ein reiches Land wie Deutschland durchaus aufbringen könnte. Notwendig hierfür aber wäre ein Bruch mit der bisherigen Steuerpolitik, die in den letzten Jahren die Belastung für die Spitzeneinkommen und Konzerne immer weiter heruntergefahren hat. Inzwischen gibt es in Deutschland satte 5 Billionen Euro an Geldvermögen und ein

Prozent der Bevölkerung besitzt die Hälfte davon. Da gäbe es eine Menge zu holen, für soziale Sicherheit und für eine gute Bildung für alle.

## Schwarz-gelb dreht die Gebührenschraube hoch

Die neue Regierung aber plant jetzt das so genannte Bildungssparen und ein bundesweites Stipendiensystem. Beides soll im Effekt die Studiengebühren, die in den Ländern eingeführt wurden, zementieren und die Durchsetzung kommerzieller Bildungsmärkte befördern. Und beides wird vor allem einkommensstarken Familien zugute kommen.

Das so genannte Bildungssparen soll nach FDP-Plänen ein Startguthaben von 150 Euro für jedes Kind vorsehen. Ähnlich wie bei der Riemer-Rente unterstützt der Staat dann Einzahlungen der Eltern auf dieses Konto mit weiteren Prämien. Ganz christlich nach dem Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Ähnlich verhält es sich dann auch mit den neuen Stipendien. Spätestens im Jahr 2015 soll jede/r zehnte Studierende ein Stipendiat sein. Die Kosten werden auf rund eine halbe Milliarde Euro geschätzt; die Hälfte soll von der Wirtschaft kommen, die dann natürlich auch über die Auswahl der StipendiatInnen mitentscheiden soll. Einig ist sich Schwarz-Gelb, dass die Stipendien leistungsbezogen vergeben werden sollen. Gute Leistungen können aber vor allem jene Studierende erbringen, die neben den vollgepackten Bachelor-Stundenplänen für ihren Lebensunterhalt nicht noch arbeiten müssen. Nicht nur, dass die neuen Stipendien also das BAföG-System unterlaufen, sie werden überdurchschnittlich denjenigen mit einem einkommensstarken Background zugute kommen. Diejenigen, die aufgrund finanzieller Hürden erst gar nicht anfangen können zu studieren, gehen leer aus. Übrigens umfassen die geplanten Stipendien im Schnitt 300 Euro. In den meisten

Ländern fängt das noch nicht einmal die Studiengebühren ab. Der Bund subventioniert faktisch aber dann in eben diese Gebühren rein.

Schwarz-Gelb will folglich Stellschrauben einbauen, die das Bildungssystem marktförmig reformieren sollen. Von frei zugänglichen Bildungseinrichtungen und einer guten Ausstattung von Schule und Lehre steht nichts im Koalitionsvertrag. Stattdessen fahren die Koalitionäre eine elitäre Klientelpolitik: Mehr Gebühren, mehr Auslese und weniger Chancengleichheit.

## Ein, zwei, viele Bildungstreiks

Unser Bildungstreik im Juni war ein großer Erfolg und darf nicht unterschätzt werden. Das war die größte außerparlamentarische Bewegung nach den Hartz-IV-Protesten. Über 270.000 Schülerinnen, Schüler, Studierende und Auszubildende sind für ihre Rechte auf die Straße gegangen und haben in der öffentlichen Meinung einiges ins Rollen gebracht. Genau hier müssen wir jetzt ansetzen. Die Regierung muss mit massiven Protesten rechnen, wenn sie das öffentliche Bildungssystem weiter schwächen und kommerzialisieren will. Im Kern geht es dabei nicht allein um eine bessere Ausfinanzierung der öffentlichen Bildung. Im Kern geht es auch darum, eine auf die Förderung der individuellen Urteilsfähigkeit hin orientierte Bildung durchzusetzen. Das heißt weg mit dem Workload beim Bachelor und dem Turbo-Abi, weg mit dem Leistungs- und Verwertungsdruck. Und es heißt, das Bildungssystem strukturell so umzubauen, dass jede und jeder sich selbstbestimmt entfalten kann und dementsprechend gefördert wird. Ein Ziel, mit dem wir schnell an die Grenzen des derzeitigen Gesellschaftssystems stoßen, ein Ziel aber, für das es sich zu kämpfen lohnt.

**Haimo Stierner**  
Bundessprecher

# Schulterschluss schaffen: Vom Bildungs- zum Generalstreik!

Interview mit Paula Rauch, Schüleraktivistin des bundesweiten Bildungstreiks

Im Juni haben über 270.000 gegen die Mißstände an Schulen und Unis gestreikt, seit dem 17. November wird wieder protestiert - gab es zwischenzeitlich irgendeine Verbesserung im Bildungssystem?

Mit dem Streik im Juni haben wir dank der großen Resonanz in den Medien Platz für eine öffentliche Diskussion schaffen können. So konnten wir überhaupt erstmal unsere Forderungen anbringen. Durchgesetzt haben wir sie aber nicht, deshalb müssen wir ja wieder auf die Straße.

Und jetzt werdet ihr sie durchsetzen?

Ein Streiktag oder eine Aktionswoche kann nur der Anfang sein. Wenn wir wirklich was erreichen wollen, muss mehr Druck aufgebaut werden und das funktioniert besser mit einem unbefristeten Streik, wie zum Beispiel zuletzt in Österreich: Da wurden die Unis einfach massenhaft besetzt und schon nach der ersten Woche musste der Minister Hahn ein erstes Zugeständnis von 34 Millionen machen. Um unsere Forderungen durch zu setzen braucht es eher 40 bis 50 Milliarden Euro jährlich mehr, aber wenn wir gemeinsam mit LehrerInnen, Auszubildenden, Erwerbslosen und Beschäftigten kämpfen, können wir auch das schaffen.

Ein Generalstreik in Deutschland also?

Warum nicht? Ich war letztes Jahr ein paar Monate in Frankreich und habe da miterlebt wie relativ spontan ein Schulstreik gegen eine Reform, die viele Verschlechterungen gebracht hätte, entstanden ist und der Funke zu den Beschäftigten übergesprungen ist: Die Stimmung ist so hoch gekocht, dass die Gewerkschaften einen eintägigen Generalstreik ausgerufen haben. Das hat dann unter Anderem dafür gesorgt, dass die Schulreform erstmal zurückgenommen wurde. Diesen Schulterschluss zwischen SchülerInnen, Studierenden, LehrerInnen, Auszubildenden und Beschäftigten müssen wir auch hinbekommen.

Von den großen Parteien werden eure Forderungen nicht unterstützt - sind sie denn überhaupt mehrheitsfähig bei der Mehrheit der Bevölkerung?

Es sind doch die bürgerlichen Parteien von FDP über CDU/ CSU bis SPD und Grüne, die uns seit Jahren erzählen, die Kassen seien leer und dann auf einmal hunderte Milliarden Banken locker machen, die Hartz IV eingeführt oder den Afghanistankrieg angefangen haben. Außerdem denke ich, dass in einer Gesellschaft, die auf enormen

Unterschieden zwischen Arm und Reich basiert, das Bildungssystem nie dazu da sein wird, diese Unterschiede aufzuheben. Vielmehr wird es sie reproduzieren. Höherer Leistungsdruck durch Turbo-Abitur und mehr Konkurrenz, Gebühren wie Büchergeld oder Studiengebühren und ein mehrgliedriges Schulsystem führen zu sozialer Selektion. Ökonomisierung und Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt bringen billige Arbeitskräfte. Das hat System. Und das System heißt Kapitalismus. Für ein freies, demokratisches und gerechtes Bildungssystem brauchen wir auch eine andere Gesellschaft. Und das wird zunehmend Mehrheiten finden.



## Heute schon die Welt gerettet?

Heute schon die Welt gerettet? Nazis behaupten, Menschen seien unterschiedlich viel wert, nur weil sie unterschiedlich aussehen, von woanders herkommen oder anders denken. Und die Nazi-Parteien ziehen mit dieser braunen Hetze in immer mehr Parlamente ein, fluten immer mehr Regionen mit Angst und Gewalt. Gleichzeitig nimmt die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich immer mehr zu.

Immer mehr Menschen fürchten um ihren Job, viele haben ihn schon verloren und nicht wenige Jugendliche bleiben im Ausbildungstau stecken. Die Gleichheit zwischen Mann und Frau ist noch lange nicht hergestellt und ganz nach der Idee „Big Brother is watching you“ kann niemand mehr handeln, ohne Gefahr zu laufen, überwacht zu werden.

Wenn Du auch aktiv werden willst oder wenn Du mehr Infos willst, dann melde Dich bei uns: Vielleicht gibt es ja eine Gruppe in Deiner Nähe oder wir können Dir helfen, selbst eine zu gründen. Wir schicken Dir gern Materialien zum selber lesen, verteilen und verkleben zu und kommen mit Tipps und Ideen zu Euch, wenn Ihr eine eigene Gruppen aufbauen wollt. Mach mit bei der Linksjugend [solid] - Es gibt eine Welt zu gewinnen!



# Zimmer verzweifelt gesucht

Teurer Wohnraum ist ein politisches Problem

Eine Kommilitonin von mir lebt auf der Couch ihrer Tante - Privatsphäre gleich Null. Es gebe in Hamburg einfach zu wenige Wohnungen, die sie sich leisten könne, sagt sie, und überhaupt sei es extrem anstrengend, einen strikten Bachelorstudiengang zu meistern, nebenbei zu jobben und sich auf eine lange, meist enttäuschende Wohnungssuche zu begeben. Doch ist die schwierige Wohnraumsuche längst kein rein hamburgisches Problem mehr. In vielen Großstädten wird günstiger Wohnraum seltener, dafür gibt es kaum noch Neubauvorhaben, die nicht mit „exklusiv“ oder „Luxus“-Versprechungen beworben werden. Leisten können sich diese nur sehr wenige Menschen.

Gründe für diese Entwicklungen sind vor allem finanzieller Natur. In den letzten Jahren wurden bundesweit etliche staatliche Wohnungsbaugesellschaften privatisiert und meist erhielten dabei renditeorientierte Finanzinvestoren den Zuschlag. Prominente Beispiele dieser Privatisierungen sind der Dresdner Verkauf der Woba oder der Verkauf der Berliner GSW. Die Geschäftspolitik der noch in öffentlicher Hand verbliebenen Gesellschaften ist oft nicht besser: auch sie wandeln Miet- in Eigentumswohnungen um,

besitzen immer weniger Sozialwohnungen und müssen festgelegte Gewinne abwerfen.

Hinzu kommt, dass städtische Flächen oft an den höchstbietenden Interessenten verkauft werden. Und wer viel bezahlt, der will auch schnell wieder was einnehmen. Das lässt sich nur durch dröge, unsoziale Cash-Cow-Immobilien erreichen: Glaskästen mit einer H & M-Filiale oder „gehobenes Wohnen in Eigentumslofts“ sowie Büros. Dass nur im hochklassigen Wohnungsmarkt schnelle Gewinne einzufahren sind, hat auch damit zu tun, dass Investoren auf die Demographie schauen. Viele denken: Wir bauen doch jetzt keine Wohnungen mehr, die sich erst in 20 Jahren rentieren, wenn die Bevölkerung schrumpft.

Deswegen ist es umso katastrophaler, dass Städte die Möglichkeit einer sozialen Stadtentwicklungspolitik mehr und mehr aufgeben (Stadtentwicklung ist selbst ein privatisierter Markt.). Zusätzlich zählt im stupiden Standortwettbewerb der Städte untereinander nur der „Geschmack“ der gehobenen Mittelklasse. Keine Stadt, die eine soziale Wohnungspolitik vorweist, wird für Investoren deswegen inte-

ressant. Wenn es aber immer mehr exklusive, innenstadtnahe Wohnviertel gibt, steht man gut da.

Wie können junge Menschen aktiv werden, um kurzfristig selber eine Wohnung zu ergattern und sich zusätzlich für ein Recht auf Wohnraum für alle Menschen einzusetzen? Einen Masterplan für die Wohnungssuche gibts nicht. Aber die erste Anlaufstelle sollten, auch wenn sie privatisiert wurden, die großen Wohnungsgesellschaften sein. Anrufen und nachfragen. Wichtig ist, dass man sich nicht auf ein vermeintlich cooles Viertel einschießt und dann nur enttäuscht werden kann, wenn man dort keine Bleibe findet. Allerdings sollte bedacht werden, ob und inwiefern man als Student/in oder junger Mensch zur Aufwertung von Vierteln beiträgt. Wenn Ihr wisst, dass Ihr längere Zeit in einer Stadt wohnen werdet, dann kommen Baugenossenschaften in Frage. Zugegeben, hier muss man Anteile kaufen, aber besonders die gewerkschaftsnahen Genossenschaften sind in Sachen Zahlung oft recht flexibel. Alles an Vitamin B ausnutzen, was Ihr habt, sollte eh in Eurem Interesse sein.

Politisch aktiv werden kann man auf vielfältige Weise. Sich mit Mietervereinen, Arbeitslosen-Inis oder Sozial-

verbänden zu verbünden, kann nicht schaden, denn wir wollen keine Sonderbehandlung für junge Menschen, sondern eine soziale Wohnungspolitik für Alle. Ihr solltet Euch fundiert informieren über die Situation in Eurer Stadt und konkrete Forderungen formulieren (z.B. Re-Kommunalisierung und demokratische Kontrolle der Wohnungsbaugesellschaften und der Stadtentwicklung! Büroleerstand in Wohnraum umwandeln! Mehr Wohnheime für Studis und Auszubildene!), dann sind viele Aktionen denkbar. Wie wär's zum Beispiel, wenn man der Zentrale der lokalen Wohnungsbaugesellschaft mal einen „Besuch“ abstattet – mit Schlafsäcken. Begründung: Ihr müsstet leider dort übernachten und die Büros besetzen, weil es sonst keinen bezahlbaren Wohnraum in der Stadt mehr gibt, was auch an jener Wohnungsbaugesellschaft liegt. Das wäre ein guter Anfang, denn schließlich gehört die Stadt allen. Sorgen wir dafür, dass die Stadtentwicklung endlich auch nach dieser Maxime betrieben wird.

**Constantin Braun**  
Die Linke.SDS Hamburg

**Surftipp:**  
[gentrificationblog.wordpress.com](http://gentrificationblog.wordpress.com)



# Die Uni brennt!

In den letzten Wochen ist in Österreich spontan eine Bildungsbewegung entstanden. Mit Uni-Besetzungen in NRW, Ba-Wü und Brandenburg hat es jetzt auch in der Bundesrepublik gezündet - der Bildungstreik geht in die zweite Runde.

Seit dem 3.11.09 sind nun auch Teile der Neuen Universität Heidelberg besetzt, Sit-Ins vor dem Hörsaal, alternative politische Veranstaltungen und viel Frust, der sich in den Gesprächen über die herrschende Bildungspolitik Luft macht. Die Besetzung ist eine Reaktion auf die Proteste österreichischer Studierender, die seit mehreren Wochen gegen das miserable Bildungssystem in ihrem Land protestieren - nicht nur die Wirtschaftskrise, auch die Finanzkrise ist international. Am Dienstag, den 22.10. begann der Protest: Studierende der Kunstakademie besetzten ihre Aula, schon zwei Tage später wurde das Audimax der Universität Wien gestürmt und besetzt. Der Schneeball rollte und nur kurze Zeit später befanden sich sämtliche österreichische Hochschulen im Streik. Rund 50 000 Schülerinnen, Schüler, Studierende und Werk tätige demonstrierten gegen die Bildungsmisere und die Auswirkungen des Bolognaprozesses in Österreich.

Die Forderungen der Studierenden sind deutlich: Stress- und Workload des Bolognastudiums müssen deutlich runter gefahren werden, freier Hochschulzugang, Demokratisierung der Universitäten, eine sehr viel bessere Ausfinanzierung der Universitäten, das Behindertengleichstellungsgesetz muss an allen österreichischen Hochschulen umgesetzt werden, die Beendigung der prekären Dienstverhältnisse an den Hochschulen und die 50% Frauenquote in allen Bereichen des universitären Personals.

Die Situation an österreichischen Hochschulen ist ähnlich schlecht wie in Deutschland. Dank Abschaffung der Studiengebühren konnte man die Zahl der Studienanfänger steigern. Gleichzeitig aber hat es die dortige sozialdemokratische Partei, die SPÖ, versäumt, die Hochschulen mit den nötigen finanziellen Mitteln aufzustocken, um den Studierenden ein Studium in angemessener Zeit zu ermöglichen. Die Situation an den Uni gilt vielen inzwischen als untragbar: überfüllte Hörsäle, fehlende Praktikplätze im Labor und nicht belegbare Pflichtseminare machen ein Studium im Bachelor beim besten Willen unmöglich. Den bisherigen Protesten ist es zu verdanken, dass der österreichische Wissenschaftsminister 34 Mio. € aus der Krisenkasse bereitstellt. In

Anbetracht der eklatanten Unterfinanzierung ist das jedoch nicht mehr als ein billiger Ruhigstellungsversuch gegen eine flammende Bewegung.

**Franziska Stier**  
Bundessprecherin



//////  
Anzeige

**LiMA**

**BE PART OF THE SOLUTION**  
medien kompetent gestalten, nutzen & diskutieren

**LiMAcampus | 11. März | 2010 Berlin**  
**ZEICHEN SETZEN - GESTALTE DEINE (MEDIEN-)WELT**

HTW Campus OSW | [www.liima-akademie.de](http://www.liima-akademie.de) | Tickets ab 10 Euro | [www.amiendo.com/Li\\_MA](http://www.amiendo.com/Li_MA)

**der Freitag** Das Meinungsmedium | **die tageszeitung** | **DRUCK VON LINKS** News Deutschland | **Helle Panke** | **linksjugend** [solid] | **ZORA**

# Splash Your School

Warum Schule Scheiße ist und was wir dagegen tun können.

Seltsamerweise beschäftigen wir uns meist nicht mit Dingen, die uns direkt betreffen. Wir gehen jeden Tag zur Schule. Aber hast du dich schonmal gefragt, was der wirkliche Zweck von Noten ist? Warum andere für Dich über deine Bildungschancen entscheiden? Oder warum Du in überfüllten Klassenräumen mit alten oder teuren Büchern lernst?

Wenn es um die miserablen Verhältnisse an Schulen geht, muss ich Euch nichts erzählen. Ihr kennt das alle und erträgt es täglich. Katastrophale Bedingungen herrschen im gesamten Bildungssystem, doch gibt es weder genügend finanzielle Mittel, noch den politischen Willen, dies zu ändern. Stattdessen versuchen Politiker\_innen durch Mogelpackungen wie ergebnislose Bildungsgipfel oder das Konjunkturpaket II über die Missstände hinwegzutäuschen.

Ich habe weder die Weisheit gepachtet, noch den Anspruch, die Welt zu erklären. Aber vielleicht enthält der folgende Artikel einige Diskussionspunkte, über die Du Dir weiter Gedanken machen möchtest.

## Lernfabriken abschalten!

„Erst lernen wir laufen und sprechen, dann sitzen und schweigen.“ Dieser Spruch trifft genau, was die Schule aus uns macht. Wir müssen uns an die Regeln, die andere uns auferlegen, halten, sonst drohen Sanktionen. Wir müssen Informationen aufnehmen, abspeichern und in regelmäßigen Abständen in Tests reproduzieren, wie Maschinen. Dabei stellen Noten das effektivste Werkzeug dar, um uns gehorchen zu lassen. Wir müssen gute Noten schreiben, weil wir sonst keinen guten Abschluss bekommen und wer gute Zensuren haben will, muss sich anpassen.

Diese psychische Belastung, welche der Notendruck erzeugt, verringert die Lebensqualität von Schüler\_innen enorm und kann auch durchaus zu schwerwiegenden Persönlichkeitsstörungen führen. Kurz: Noten machen krank.

Aufgaben, wie die objektive Messung einer Leistung oder Herstellung von Vergleichbarkeit, kann die Note hingegen nicht im Ansatz erfüllen. Menschen sind Individuen mit unterschiedlichen Begabungen und Interessen. Darum lernen wir manches schneller, manches langsamer, manches gar nicht. Wenn Schüler\_innen gezwungen werden, in einer

bestimmten Zeit, etwas Bestimmtes zu lernen, selbst wenn es ihrem Wesen widerspricht, ist dies anzuklagen. Die Benotung des „Lernerfolges“ missachtet also jegliche Individualität und erfolgt zudem noch – wie viele Studien beweisen – stark subjektiv, ja sozial selektiv. Mit dem Erhalt der Note werden wir aufgeteilt in Gewinner\_innen und Verlierer\_innen. Wer einmal als schlechte\_r Schüler\_in gebrandmarkt ist, kommt selten davon los. Und die kapitalistische Gesellschaft, in der wir alle leben, braucht genau diese Aufteilung, damit es auch später Menschen gibt, die mehr haben und welche die weniger haben. Die Schere zwischen Oben und Unten ist ein wichtiger Bestandteil des Kapitalismus und wird so durch Schule bzw. Noten gefestigt.



Foto: flickr.com/artshooter

Dies sind nur einige Gründe, warum Noten nicht Teil eines Systems freier und gleicher Bildung sein können. Diese Problematik sollten wir öfter thematisieren. Du könntest z.B. versuchen inner- und außerhalb der Schule Diskussionen über dieses Thema mit Schüler\_innen, Lehrer\_innen und Eltern anzustoßen.

## Freie Bildung für alle!

Diese Forderung trifft bei allen Menschen auf Zustimmung. Doch die Realität enttäuscht. Starre Lehrpläne, mehrgliedriges Schulsystem, Noten-, Leistungs- und Konkurrenzdruck ... - das alles führt zu sozialer Selektion und weit weg von dem Ideal einer freien Bildung.

Die Freiheit der Bildung muss vor allem in unserer Freiheit bestehen, darüber zu entscheiden, was wir wann in welcher Art und Weise ler-

nen möchten. Allerdings endet meine Freiheit immer dort, wo die eines anderen Menschen beginnt. Deshalb fasst die Forderung nach freier Bildung weiterführende Prinzipien in sich, die uns alle vor Diskriminierung schützen. Freie Bildung bedeutet auch, dass wir uns entwickeln können, ohne ein Korsett aus Hierarchien und Zwängen, dafür in einem gleichberechtigten Miteinander.

Die Allgemeinheit der Bildung umfasst mehrere Dinge. Priorität genießt die Forderung nach einem gleichen Recht auf Bildung und einem freien Bildungszugang, unabhängig des Geschlechts, der Herkunft bzw. jeglicher Merkmale, durch welche wir in diesem Gesellschaftssystem kategorisiert werden. Zudem ist mit

jene, die für uns entscheiden, sind eben nicht in erster Linie an guter Bildung für uns interessiert, sondern daran, was die Wirtschaft braucht, was dieses Land braucht, um weiterhin Profite anzuhäufen und im globalen Wettbewerb vorn dabei zu sein. So werden Schulfächer abgeschafft, wo sie keinen Nutzen für die Ökonomie haben, ohne dass wir gefragt werden. Wir sind noch keine Wähler\_innen, was das Gewicht unserer Interessen im öffentlichen Diskurs gegen Null gehen lässt. Wir haben noch keinen Wert für Politik und Wirtschaft und dürfen deshalb nicht mitbestimmen. Das gleiche erlitten schon Schüler\_innengenerationen vor uns. Nun ist es an uns, dafür zu sorgen, dass die nach uns von Anfang an demokratische Mitbestimmungsrechte erhalten.

## Geld für Bildung statt für Banken!

Woran liegt es eigentlich, dass wir in übervollen Klassen, mit veralteten, mangelnden oder gar ohne Lernmaterialien arbeiten? Woran liegt es, dass viele sich den Schulbus nicht leisten können? Und warum müssen viele Schüler\_innen hungrig den Tag bestreiten?

Die Prioritätensetzung in den öffentlichen Haushalten ist die falsche, d.h. der Staat verteilt sein Geld einfach falsch. Anstatt in die Bildung und damit in die Zukunft zu investieren, werden Hunderte von Milliarden Euro in den Bankensektor gesteckt. Obwohl postuliert wird, dass Deutschland „Bildungsrepublik“ sei, ist die Mehrheit der Bildungseinrichtungen in Deutschland unterfinanziert.

Solange die Politik nicht bereit ist, die Ausfinanzierung aller öffentlichen Bildungseinrichtungen zu gewährleisten, wird es keine Verbesserungen im Bildungssystem geben.

Natürlich müssen wir uns auch bewusst sein, dass Geld allein nicht die Lösung ist. Die oben ausgeführten Probleme entspringen nicht einzig einem Mangel an finanziellen Ressourcen, sondern einem umfassenderen Mechanismus, dem Kapitalismus. Darum wird es nicht möglich sein, im derzeitigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ein gerechtes und freies Bildungssystem zu erreichen. Dies kann nur geschehen, wenn wir neben Bildungs- auch Gesellschaftskritik äußern und den Systemwandel fordern.

**Claudia Fortunato**

allgemeiner auch eine allseitige Bildung gemeint, bei der kein Lebens- oder Themenbereich ausgeschlossen bleibt und wir uns entsprechend unserer Interessen mit der Welt auseinandersetzen können.

Ohne einen Systemwandel werden diese Ansprüche kaum zu verwirklichen sein. Nichtsdestotrotz können wir versuchen, schon heute etwas zu verändern, indem wir Diskussionen über das Recht auf freie und allgemeine Bildung anregen und die Behandlung von Themen, die uns außerhalb des Lehrplans interessieren, einfordern.

## Wessen Bildung? – unsere Bildung!

Nicht zuletzt die mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeiten von Schüler\_innen sind daran Schuld, dass diese wünschenswerten Ideen noch nicht umgesetzt worden sind. Denn

# Aufstand der Unsichtbaren – Geschichte wird gemacht

Im Oktober 2009 gingen GebäudereingerInnen und FassadenreinigerInnen in Deutschland zum ersten Mal in der Geschichte in den unbefristeten Streik. Wie es dazu kam und was so besonders an diesem Arbeitskampf war, erzählen uns Ben Brusniak und Lars Dieckmann von der Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU).



Foto: flickr.com/mrcsl

## Wie kam es zum Streik?

**Lars:** Schon zu Beginn des Jahres 2009 begannen die Tarifverhandlungen. Die Forderungen der KollegInnen waren eine Lohnerhöhung von 8,7 Prozent, gleiches Geld für Gleiche Arbeit, und ein Einstieg in ein betriebliche Rentensystem. Nach 6 zähen Verhandlungen und keinem ernst zunehmenden Angebot der Gegenseite erklärten unsere KollegInnen aus der Tarifkommission die Verhandlungen für gescheitert und riefen zum ersten Oktober zum Arbeitskampf auf.

## Wo lagen die Schwierigkeiten bei diesem Arbeitskampf?

**Lars:** Ich würde nicht von Schwierigkeiten reden sondern von Herausforderungen. Wir reden hier ja von dem ersten bundesweiten Streik in einer Branche die zu über 90 Prozent aus so genannten „prekären Beschäftigungsverhältnissen“ besteht. Außerdem sucht sich die Kapitaleseite sehr oft auch KollegInnen mit Migrationshintergrund aus, in der Hoffnung diese besonders gut ausbeuten zu können. Wir konnten mit dem Streik zeigen, dass dies nicht so ist. KollegInnen aus 55 Nationen kämpften gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen und haben gewonnen.

**Ben:** Die KollegInnen haben letztendlich gezeigt, dass es ihnen gar nicht so sehr um den Lohn geht sondern um das Gefühl als Mensch wahrge-

nommen zu werden und als solcher auch respektiert zu werden. Bis zum Streik dachten viele KollegInnen, sie wären nicht mehr wert als der Dreck den sie wegputzen. Durch den Streik ist jedoch ein Selbst- und Klassenbewusstsein entstanden welches über die Branchengrenzen hinweg an Bedeutung und Anerkennung gewinnt. Jetzt werden sie als Menschen wahrgenommen und der Aufstand der Unsichtbaren ist sichtbar geworden.

## Welche Bedeutung hatten BündnispartnerInnen in diesem Arbeitskampf?

**Ben:** Ohne Bündnispartner und die Nutzung der neuen Medien wäre der Streik nicht so erfolgreich gewesen! Es war schon ein ergreifendes Gefühl so viele verschiedene Menschen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen zu sehen und gemeinsam mit den Streikenden KollegInnen für ein gutes Tarifergebnis zu kämpfen. Egal ob um 4 Uhr morgens oder 22 Uhr abends es standen immer UnterstützerInnen an unserer Seite um gemeinsam zu kämpfen. An dieser Stelle auch noch mal ein Dankeschön an Linksjugend [solid] für eure bundesweite und lokale Unterstützung.

**Ben Brusniak**  
(Organizer und Ex-Bundessprecher)

**Lars Dieckmann**  
(Jugendbildungsreferent und Landesvorstand Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brandenburg)

## Weitere Infos:

<http://www.igbau.de>

<http://8komma7prozent.blogspot.com>

# Wirtschaft mal solidarisch

Alle reden von der Krise. Wie aber sehen linke Lösungsvorschläge aus? Mit den Konzepten der solidarischen Ökonomie sollen u.a. die Belegschaften ihre Betriebe übernehmen und selbst entscheiden, was produziert und wo investiert wird. Die Wirtschaft würde endlich demokratisiert werden. Aber wie soll das genau funktionieren?

Mit der Bankenkrise gerieten nicht nur weltweit die Finanzmärkte in Bedrängnis, nein auch die eifrigsten Verfechter der neoliberalen Wirtschaftstheorien wurden in Zweifel gestürzt. Gehörten der Glaube an einen selbstregulierenden Markt und die Forderung nach der Abwesenheit des Staates in der Ökonomie doch zu ihren Glaubensgrundsätzen. Von der Realität überrollt, wächst nun in der Gesellschaft das Interesse an wirtschaftlichen Alternativen, so auch in der Partei DIE LINKE. Aber reicht die Übernahme der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik nach Keynes, der sich selbst als Liberaler verstanden hat und der den wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus nur ihre Heftigkeit nehmen wollte? Reicht das als ökonomische Alternative für eine links-sozialdemokratische bis sozialistisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik aus?

Jenseits von Keynes auf der einen und staatlich gelenkter Planwirtschaft auf der anderen Seite, die ihre wirtschaftliche Schwäche spätestens mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus vor zwanzig Jahren bewiesen hat, gibt es eine Vielzahl von Konzepten, nach denen die Wirtschaft grundlegend verändert werden könnte. Und zwar so, dass sie den Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt dient und nicht mehr der Maximierung des Gewinns einzelner UnternehmerInnen.

Das Interessante an diesen Konzepten ist, dass ihre Verwirklichung nicht von einer Revolution in ferner Zukunft abhängt, sondern dass sie auch unter den heutigen Macht- und Eigentumsverhältnissen realisierbar sind. Am Besten lassen sie sich unter den Begriffen >Wirtschaftsdemokratie< und >solidarische Ökonomie< zusammenfassen lassen. Sie verbinden unterschiedliche Formen wie Belegschaftsbeteiligung, Mitbestimmung, Verstaatlichungen und öffentliche Kontrolle von Unternehmen ebenso wie wirtschaftliche Kooperation und Selbstorganisation in Genossenschaften und selbstverwalteten Betrieben. Wirtschaft – so die Idee – soll als gesellschaftlicher Vorgang nicht der Willkür weniger Mächtiger ausgesetzt sein, sondern soll gemeinschaftlich nach dem Prinzip der Solidarität organisiert und kontrolliert werden.

## Belegschaften übernehmen ihre Betriebe

Eines dieser Konzepte soll hier besonders betrachtet werden: Die Selbstverwaltung von Betrieben durch ihre Belegschaft. Was ist damit gemeint? Die Angestellten übernehmen einen Betrieb in ihre eigenen Hände, entscheiden was produziert, wie investiert und wie der Gewinn verteilt wird und bestimmen ihr Management durch Wahl. In anderen europäischen Ländern wie Spanien, Frankreich und Italien ist diese Art der Betriebsführung weiter verbreitet und akzeptiert als es in Deutschland der Fall ist. Hier führen solche Alternativbetriebe eher ein Nischendasein, gegründet von wenigen politischen Aktivisten. Diese Form der Betriebsführung von größeren oder mittelständischen Unternehmen mit bis zu mehreren hundert Angestellten war bislang eher selten und wurde erst in Krisensituationen ausprobiert. Meist dann, wenn der Betrieb kurz vor der Insolvenz stand. Aber



nicht jeder Betrieb der Insolvenz anmeldet ist auch wirtschaftlich am Ende. Es können Managementfehler, Unternehmensaufgabe durch den Eigentümer, die Aufgabe des Betriebsstandortes aus strategischen Gründen oder die Nichterfüllung hoher Renditeerwartungen wie im Fall von Nokia in Bochum dazu führen, dass ein gesunder Betrieb in die Krise gerät. In diesen Situationen könnte ein mögliches Szenario sein, dass die Beschäftigten den Betrieb selbst übernehmen und in Selbstverwaltung fortführen.

## Strike Bike - gescheitert, aber eine wichtige Erfahrung

Das jüngste Beispiel für so einen Betrieb ist das Fahrradwerk >Bike Systems< in Nordhausen mit 135 Beschäftigten. Konfrontiert mit der drohenden Stilllegung ihres Betriebes durch einen Hedge Fonds und einer hohen Arbeitslosigkeit in der Region im Jahr 2007 wagten die Beschäftigten den Aufstand. Nach der

Betriebsbesetzung starteten sie mit dem eigenem Betrieb >Strike Bike< neu durch. Bedingt durch die wirtschaftliche Krisensituation, in denen sich diese Betriebe schon vor Beginn der Selbstverwaltung befanden sowie dem Mangel an Erfahrung, Förderung und gesetzlicher Verankerung im Gesellschafterrecht, hatten alle Versuche aber eher experimentellen Charakter. Doch nichts desto trotz waren sie wichtige Lehren für die Angestellten und Akteure im Umfeld dieser Versuche und sie stellen Quellen der Erkenntnis für weitere Schritte in diese Richtung



dar. Mit entsprechender politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Unterstützung könnte das Mittel der Betriebsübernahme von einem Experiment zu einer Selbstverständlichkeit werden, das dem wirtschaftlichen Aspekt der Rettung von Arbeitsplätzen gerade in strukturschwachen Regionen Rechnung trägt und damit volkswirtschaftlich effizienter ist als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus könnte kooperatives und solidarisches Wirtschaften in Zeiten der Globalisierung mit verschärfter Konkurrenz den Abwärts-wettbewerb um niedrigste Sozial- und Umweltbedingungen stoppen und die Auslagerung von Betrieben ins Ausland und damit verbundenes Lohndumping verhindern.

Um das zu realisieren bedarf es der tatkräftiger Unterstützung der Politik und besonders der Linkspartei. Auf Landesebene wäre sie schon jetzt in der Lage Einfluss zu nehmen, um die Rahmenbedingungen für die solidarische Ökonomie zu verbessern. Als erste Maßnahmen sind die Einrichtung von Beratungs- und Beteiligungsgesellschaften und die Schaffung von revolvierenden Fonds zu nennen, um die Finanzierung der Betriebsübernahmen durch die Belegschaft sicherzustellen und ihnen rechtliche und betriebswirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Langfristig ist eine Änderung des Gesellschafterrechts notwendig, das betrifft zum einem die Reform des Genossenschaftsrechts, um der Aufweichung des Prinzips >Ein Mitglied - eine Stimme< entgegen zu wirken und zum anderen die Einführung einer kollektiven Rechtsform, die dem

Modell und den Ansprüchen einer betrieblichen Selbstverwaltung gerecht wird.

## Ein Berufsleben ohne Entfremdung

Betriebsübernahme kann und wird nicht das einzige Mittel sein, um die Machtkonstellation zwischen Kapital und Arbeit zu Gunsten der Arbeitenden zu ändern. Doch es kann dazu beitragen, Menschen an die solidarische Ökonomie heranzuführen und ihnen einen Eindruck zu vermitteln, wie ein Berufsleben ohne Entfremdung aussehen könnte.

Wem das Alles vielleicht doch zu utopisch und zu realitätsfern klingt, der sei auf Beschlüsse der EU-Kommission aus den Jahren 1994 und 2004 verwiesen, die Belegschaftsübernahmen u.a. im Hinblick auf fehlende Nachfolger in Familienbetrieben ausdrücklich befürwortete und den Regierungen in ihren Mitgliedsstaaten entsprechende Regelungen empfahl.

Frank Megelath

# Die Linke Medienakademie LiMA

Im März 2010 findet zum siebten Mal die Linke Medienakademie „LiMA“ statt. Was bringt die LiMA und was wird geboten? Dies und mehr fragten wir Nele Haas, eine der OrganisatorInnen.

**Warum brauchen Linke die LiMA, die Linke Medienakademie?**

Linke haben es, denke ich, aus 2 Gründen schwer, in der Medienwelt einen Platz zu finden. Erstens sind die großen Medien in der Hand von riesigen Konzernen, denen sie entweder schon gehören oder von deren Werbegeldern sie abhängig sind. Kritische Beiträge werden oft „von oben“ gestoppt oder z.B. im Fernsehen auf Sendeplätze nach Mitternacht abgeschoben. Zweitens wehren sich Linke gegen die Konkurrenzgesellschaft, wo der Schein mehr zählt als das Sein. Bestimmte Mechanismen, wie man mit Medien umgehen muss, erscheinen ihnen zu manipulativ.

**Wie kann ein Medienkongress das ändern?**

Naja, die LiMA kann helfen, indem sie linke Medienfrauen und -männer zusammenbringt. Der Umgang mit den Medien ist für sie ein ständiger Balanceakt. Da ist es gut, wenn man sich mit anderen Linken austauschen und voneinander lernen kann. Dafür bietet die LiMA eine Plattform.

**Können Linke dann ohne Gewissenbisse bei der BILD-Zeitung arbeiten?**

Es geht ja nicht darum, in den oft privaten Leitmedien anzukommen. Nein. Linke müssen gewisse Spielregeln gut kennen, nicht nur um zu wissen, wie weit sie gehen können, sondern auch um Alternativen zu entwickeln und zu etablieren. So ist auch das Programm der LiMA gestaltet – mit viel Zeit und Raum, um gemeinsam zu lernen, das Gelernte kritisch zu diskutieren und sich Neues auszudenken.

**Was passiert denn eigentlich genau bei der LiMA? Ist das wie Schule am Wochenende?**

Auf keinen Fall. Erstmal trifft man ganz viele Menschen, die sich irgendwie mit linken Gedanken an ihre Umwelt wenden wollen, dabei aber kritisch und unabhängig bleiben wollen. Zweitens kommen viele bekannte Medienleute wie der Au-

tionen auf dem Plan, genauso wie Layout und Online-Bloggen oder Rhetorik-Kurse. Die Workshops sind anders als im Schulunterricht sehr offen, d.h. die Kursbesucher sollen nicht nur zuhören, sondern unbedingt mit eigenen Fragen und Ideen den Kurs mitgestalten. Genauso entsteht ja auch das Programm der LiMA – nämlich mit den LiMA-Besuchern gemeinsam.



Foto: B. Malter

tor Thomas Leif vom SWR, der aus seinem Buch „Angepasst & Ausgebrannt – die Parteien in der Nachwuchsfalle“ liest, der Cartoonist Gerhard Seyfried oder Dr. Gabriele Hooffacker, die Leiterin der Journalistenakademie in München, und diskutieren mit uns. Zum Dritten gibt es die LiMAwerkstatt. Da stehen Exkursionen in Zeitungsredak-

**Das klingt eigentlich nach einem Kongress für Medienexperten. Kann man da als Anfängerin, die Flyerlayout lernen will, auch hinkommen?**

Na klar. Für junge Leute haben wir seit letztem Jahr den LiMAcampus-Tag, an dem es spezielle Angebote für Menschen geben wird, die erstmal interessiert, wie sie überhaupt mit ihren Gedanken oder Forderungen an die Öffentlichkeit treten können. Es gibt Workshops, wie man eine Zeitung erstellt, Flyer, Aufkleber, Broschüren layoutet oder Öffentlichkeitsarbeit macht und Medienleute kennenlernt, die einem helfen. Am einfachsten ist Letzteres natürlich, indem man zur LiMA kommt.

## LiMA 2010:

**LiMA 7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz**

**11.-14. März 2010 LiMAcampus am 11. März 2010  
HTW Berlin, Campus Wilhelminenhofstr. 75A**

Workshops, Diskussionen, Lesungen, Fachvorträge linker und alternativer Medienmacher // Frühbucherrabatt bis 31.12.2009

Anmeldung und Infos: [www.lima-akademie.de](http://www.lima-akademie.de)

# Pro & Contra: DIE LINKE regiert nun auch in Brandenburg.

Neben Berlin übernimmt DIE LINKE nun auch in Brandenburg in einer Koalition mit der SPD aktuelle Regierungsverantwortung. Was haben wir vom Regierungswechsel zu erwarten?

## Pro: Kein Grund zum Zurücklehnen!

Seit dem 6.11.2009 wird Brandenburg rot-rot regiert - es ist nicht die erste Regierungsbeteiligung der LINKEN. Der Regierungsbildung waren kontroverse Diskussionen in der Partei vorausgegangen. Nach den Wahlen ging keiner davon aus, dass es zu Koalitionsgesprächen kommen wird. Die Erinnerung an die Wahlen 2004 war noch frisch: Damals gab es zwei Gespräche mit der SPD - deren Forderung auf ein Verzicht der Hartz-IV-Proteste konnten wir nicht zustimmen und verließen den Verhandlungstisch. Auch jetzt gab es wieder vorbereitende Gespräche - diese liefen aber zu unserer Überraschung in einem viel freundlicheren Klima ab.

Mensch kann über die Gründe von Matthias Platzeck, mit uns und nicht mit der CDU zu verhandeln, spekulieren - Fakt ist, dass die Parteigremien das Angebot mit übergroßer Mehrheit annahmen. Leider hat sich unsere Verhandlungsgruppe auf ein Verfahren und einen Zeitplan eingelassen, der eine intensive Beteiligung der Fachgremien unserer Partei verhinderte. Auch wenn eine Aktivtagung noch vor Ende der Verhandlungen die Debatte zu den Ergebnissen starten sollte - konkrete Dinge zum Koalitionsvertrag wurde nicht bekannt. Bis der Vertrag fertig war, hieß es: „Wartet ab, was im Vertrag steht.“ und nach Fertigstellung des Textes hieß es: „Jetzt können wir nichts mehr ändern.“ Auch wenn es ein „normales“ Verfahren gewesen sein mag - Beteiligung stelle ich mir als Linker anders vor.

Der Vertrag selbst ist nichts, worauf man stolz sein kann. Er enthält in den großen Linien ein links angehauchtes „Weiter so“. Viele Formulierungen sind ungenügend oder gar konträr zu unseren Auffassungen. Dennoch gibt es gerade in den Kleinigkeiten vieles, was wir erreichen konnten - bei vielen Themen ist der Weg zu einem Politikwechsel möglich.

Von unseren 15 Schlüsselprojekten, die wir im Wahlkampf gefordert haben, sind 13 mehr oder weniger im Vertrag enthalten. Auch darüber hinaus gibt es etliche Themen aus unserem Wahlprogramm, die wir in den Vertrag bekommen haben: Öffentlicher Beschäftigungssektor + Mindestlohn, Sozialticket + armutsfeste Grundsicherung für Kinder, Stärkung des Datenschutzes, Förderung von ethnischen Minderheiten, Stärkung der direkten Demokratie (Wahlalter 16, Zugangshürden bei Volksinitiativen senken), Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber\_innen und Aufhebung des Sachleistungsprinzips, Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, Förderung der Arbeit LesBiSchwuler Vereine und Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften.

In einigen für DIE LINKE sehr zentralen Punkten kann ich meine Enttäuschung nicht verheimlichen, dazu zählen Bildung, Wissenschaft, Energie. Es sind ein paar positive Forderungen enthalten (Verbesserung der Betreuung in Kitas, mehr Durchlässigkeit in der Schule, studentischer Tarifvertrag), aber insgesamt sind wir bei diesem Themen weit von unseren Forderungen entfernt. In der Abwägung dessen, was wir erreicht haben und dessen, was mensch im Laufe von fünf Regierungsjahren noch erreichen kann, hat sich die Partei mit großer Mehrheit für den Vertrag und für Rot-Rot ausgesprochen. Aus meiner Sicht zu Recht. Was jetzt zählt ist das konkrete Arbeiten als Regierung. Vieles lässt sich noch erreichen - vor allem, wenn der Druck von außen hoch ist. Der Koalitionsvertrag ist eine Grundlage für die nächste Zeit und kein Grund zum Zurücklehnen. Es liegt an uns, was wir darüber hinaus erreichen.

**Peer Jürgens** ist Mitglied des Brandenburgischen Landtags und Mitglied im Jugendverband

## Contra: Politikwechsel verschoben!

Potsdam, 27. September 2009: Im Wahlquartier der Partei DIE LINKE in den Bahnhofspassagen ruft wenige Minuten nach der ersten Prognose die Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser „Haben Sie Mut, Herr Platzeck!“ in die Kameras. Monatelang haben AktivistInnen von Partei und Jugendverband auf Marktplätzen, vor Schulen, in Altersheimen und vor Betrieben immer wieder erklärt, dass man den Politikwechsel wolle und das dies auch ein Regierungswechsel bedeuten könne.

Doch an eine Regierungsbeteiligung glaubte zu diesem Zeitpunkt niemand; und als nach Ende der Sondierungen klar war, dass die SPD Kerstin Kaiser nicht als Ministerin akzeptieren würde, schien alles auf eine erneute SPD/CDU-Regierung hinauszulaufen. Doch dann kam es ganz schnell anders: Am 11. Oktober verzichtete Kaiser via Presse auf ein Ministeramt, am 12. sagte die SPD das letzte Sondierungsgespräch mit der CDU ab und am 13. beschlossen Landesvorstand und Landesausschuss der LINKEN die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der SPD. Nur die VertreterInnen der Linksjugend [solid] stimmten dagegen.

Bereits hier waren die Eckpunkte klar: Statt den min. 2500 neuen LehrerInnen sollten höchstens 1400 kommen (später wurden 1250 vereinbart), weitere Tagebaue sollten aufgeschossen und die umstrittene CCS-Technologie gefördert werden, ein einmaliger Stellenabbau im Öffentlichen Dienst wurde vereinbart wie auch ein Öffentliche geförderter Beschäftigungssektor.

Die nun im Turbotempo und unter Ausschluss von Parteigremien und Landtagsfraktion geführten Verhandlungen brachten dabei eine lange Liste weiterer Enttäuschungen hervor:

Während in Thüringen CDU und SPD Immatrikulations- und Rückmeldegebühren abschaffen, erhebt Rot-Rot in Brandenburg weiter diese verdeckten Studiengebühren und schließt mit zweideutigen Formulierungen im

Koalitionsvertrag Gebühren für den Master nicht aus. Konsequenterweise wird ein von den Studierenden gefordertes neues Hochschulgesetz ebenso abgelehnt wie man den Dialog mit der Landesrektorenkonferenz dem mit der Brandenburgischen Studierendenvertretung (BrandStuVe) bevorzugt.

Während in Bremen SPD/GRÜNE/FDP/LINKE für Bürgerschaftswahlen das Wahlalter 16 einführen, will man dies in Brandenburg allenfalls für Kommunalwahlen „prüfen“. Der Landesjugendring wird finanziell weiter ausgeblutet, die Überwachungsstaatsgesetze von CDU-Hardliner Schönbohm vorerst nicht zurückgenommen, und die Kommunalfinanzierung in (un)bewährter Weise fortgeführt. Verbesserungen für Flüchtlinge sollen ebenfalls erst „geprüft“ werden oder sind mangels fehlender Landeszuständigkeit nur Makulatur.

Die Gemeinschaftsschule wird es nicht geben; stattdessen soll auf Basis des bestehenden hochselektiven Schulgesetzes der bekennende Gemeinschaftsschulgegner Minister Rupprecht (SPD) mehr Durchlässigkeit erreichen.

Das all dies nicht viel mit Politikwechsel zu tun hat, haben offenbar auch Gregor Gysi und Lothar Bisky erkannt. Ihre Forderung nach klaren Absagen an Stellenkürzungen in den Bereichen Bildung, Soziales, Sicherheit lehnte auf dem Landesparteitag eine breite Mehrheit ab. Nach den Planungen der neuen Landesregierung soll in den nächsten Jahren etwa jede vierte Stelle im Öffentlichen Dienst gestrichen werden.

Wie die von der Bundespartei geforderten 1.000.000 neuen Stellen im Öffentlichen Dienst damit im Einklang stehen, bleibt wohl ein Geheimnis.

**Norbert Müller** ist Landessprecher des Jugendverbandes in Brandenburg und kandidierte für den Brandenburgischen Landtag

# Manga meets Revolution

## Comickunst und Klassenkampf in Japan

Wer hierzulande an Manga denkt, hat oft Bilder von seichten High-school-Romanzen, Riesenrobotern oder >Sailor Moon< im Kopf. Es ist daher lohnenswert, einen Blick nach Japan zu werfen und einen ganz anderen Aspekt von Comickultur kennen zu lernen: (Links)politische Manga, die auch Spiegel gesellschaftlich-politischer Auseinandersetzungen sind.

Seit etwa drei Jahren erlebt Japan eine Zunahme von Arbeitskämpfen und Streiks. Viele Jugendliche, SchülerInnen und StudentInnen politisieren sich und treten etwa in die Kommunistische Partei Japans ein, die seit langem einen starken Mitgliederzuwachs verzeichnet. Mit mehr als 400.000 Mitgliedern zählt die KPJ zu den stärksten kommunistischen Parteien in einem Land der G8. Ein Grund für die Hinwendung zur politischen Linken ist die durch die Finanzkrise verstärkte Ausbeutung und Unsicherheit, der sich breite Bevölkerungsschichten ausgesetzt sehen. Die Arbeitslosigkeit steigt und für Jugendliche wird es immer schwerer, eine feste Arbeit zu finden. Das nicht nur akademische Prekariat wächst rapide, viele können von ihren Jobs nicht mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Manga ist, neben Literatur, Film etc. ein Ort, in dem sich solche und andere gesellschaftlichen Entwicklungen widerspiegeln. Dazu muss man wissen, dass Manga in Japan nicht (wie hierzulande) ein primär subkulturelles Medium ist: Die thematisch und stilistisch äußerst vielfältigen Manga werden von allen Alters- und Gesellschaftsschichten gelesen, ihr Anteil am gesamten Printwesen in Japan betrug 2002 ca. 38 Prozent.

2007 kam es zur Wiederentdeckung des 1929 erschienenen Romans Kanikösen (etwa: >Das Krabbenschiff<) des berühmten proletarischen Schriftstellers Takiji Kobayashi. Dieser wurde 1933 von der japa-

nischen Geheimpolizei ermordet, er war aktives Mitglied der bereits 1922 gegründeten KPJ. Das Werk, das von der Ausbeutung und den Kämpfen der Besatzung eines großen Krabbendampfers handelt, belegte mehrere Monate Platz eins der japanischen Bestsellerlisten. Viele Menschen erkannten ihre eigenen Erfahrungen von Erniedrigung und Unterdrückung am Arbeitsplatz im Hier und Heute wieder. Eine Manga-Umsetzung verkaufte sich ebenfalls mehrere hunderttausend Mal. Auch >Das Kapital< von Karl Marx soll nun in einer mehrbändigen Manga-Fassung erscheinen. Die HerausgeberInnen haben sich sogar das ehrgeizige Ziel gesetzt, Raffinessen wie den tendenziellen Fall der Profitrate in Comicform verständlich zu machen. Bereits in den 60ern - Japan erlebte eine Zeit der Massenproteste gegen AMPO, das Militär- und Kooperationsabkommen der Regierung mit den USA - waren es auch Manga-zeichner wie Sanpei Shirato, welche mit ihren Werken die Kämpfe ihrer Zeit begleiteten. Mit der Ninja-Serie >Kamui-den<, veröffentlicht im legendären alternativen Manga-Magazin GARO, schuf Shirato ein insgesamt mehr als 16.000 Seiten langes Epos vom Klassenkampf im Japan des 17. Jahrhunderts. Dieses wurde von politisierten ArbeiterInnen, Studierenden und linken Intellektuellen begeistert aufgenommen. Damals wie heute spiegelten sich in den Manga auch die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der realen Welt. Leider merkt (oder gar übersetzt) man hierzulande nur wenig von Alledem. Dabei wären gerade Werke wie >Kamui< (von dem ein kleiner Bruchteil in übersetzter Fassung im Carlsen Verlag erschienen ist) oder >Kanikösen< mehr als geeignet, um an gängigen Klischees in der Wahrnehmung von Manga aber auch von Japan und seiner Geschichte im Allgemeinen zu rütteln.

Michael Streitberg



Cover einer Manga-Fassung von Kanikösen



Takiji Kobayashi

## Zum Weiterlesen:

Jaqueline Berndt: „Phänomen Manga - Comickultur in Japan“ (Edition q, Berlin 1995)

Sharon Kinsella: „Adult Manga: culture and power in contemporary Japanese society“ (Routledge Chapman & Hall, 2000)

Béatrice Maréchal: GARO - ein alternatives Manga-Magazin, in: Strapa-zin. Das Comickmagazin, Nr.81 (Dezember 2005)



# Chuck Norris

**macht den Kapitalismus grün!**

[www.linksjugend-solid.de](http://www.linksjugend-solid.de)

linksjugend  
['solid] 